

MENSCH. BILDUNG. GESELLSCHAFT.

DER AFOS-NEWSLETTER FÜR DIE
SOZIALPÄDAGOGISCHE BILDUNGSARBEIT



Themenheft: „Politische Bildung“



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

unser letzter Newsletter hatte das Thema „Bildung“ zur Diskussion gestellt; diesmal wollen wir uns, quasi als Fortsetzung und Fokussierung, der „politischen Bildung“ zuwenden, für einige das Herzstück von „Bildung“, für andere unnützes Beiwerk. Nun ist die „politische Bildung“ in letzter Zeit wieder vermehrt angerufen, gefordert und als unabdingbar für unsere Gesellschaft bzw. Demokratie charakterisiert worden, weil sich die nationale und geopolitische Lage enorm verändert haben (neuer „Kalter Krieg“, internationale Spannungen und „Krieg in Europa“ etc.), weil die Corona-Pandemie und ihre Folgen die Welt in Atem halten, weil Klimakatastrophen heftiger und in kürzeren Abständen mittlerweile alle Kontinente erfasst haben (Sturzregen und Flutwellen, neue Hitzerekorde und Waldbrände, Orkane und Taifune, Dürreperioden und Trockenheit mit folgenden Hungersnöten) und die Zukunft der Menschheit (vgl. „Die letzte Generation“) oder großer Teile davon ernsthaft gefährdet scheinen (Schmelzen der Polkappen, des Festlandeises von Grönland und der Gletscher mit kontinuierlichem Anstieg des Meeresspiegels und Überschwemmungen von millionenfach bewohnten Regionen). Von dieser Entwicklung profitieren bekanntlich Verschwörungstheoretiker und Populisten, was wiederum das politische Gleichgewicht ins Wanken versetzt. Angesichts neuer

IN DIESER AUSGABE:

- DAUERBRENNER S. 3 - 6
In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?
- GRUNDSATZARTIKEL S. 6 - 9
Politische Bildung
- EXKURS S. 10 - 11
Was man wissen sollte:
Cancel Culture & Wokismus
- DAS AKTUELLE BUCH S. 11 - 13
Chantal Mouffe. „Eine Grüne demokratische Revolution.“
- THEORIEBEITRAG S. 14 - 15
Verständigung über Perspektiven
- HANDREICHUNG S. 16 - 17
Handreichung zur Politischen Bildung
- AUSBLICK S. 18

Unübersichtlichkeiten und Verwirrungen in der Politik sowie wirtschaftlicher Probleme für die Menschen (Inflation, Teuerungsrate, steigende Lebenskosten, speziell für Energie und Lebensmittel usw.) erstarken rechtspopulistische und völkisch-nationale Kräfte in den meisten westlichen Ländern oder haben bereits Mehrheiten gewonnen (Polen, Ungarn, Italien, Türkei). Zeit für (mehr) politische Bildung!?



Neben diesen globalen Aspekten, welche die klassischen Themen der politischen Bildung tangieren („Öko-Pax“ = Krieg und Frieden, Umwelt und Natur, Politik und Wirtschaft, Medien und Gesellschaft) ist es – wieder mal – das Thema „Bildung“, welches enorm politisch-ideologisch aufgeladen ist. In einem „Kommentar“ in der (ideologisch unverdächtigen) MZ vom 7. August 2023 heißt es z.B.: „Die Lage in den Schulen ist fatal. Das neue Schuljahr droht bundesweit ein weiteres zermürbendes zu werden – für Schüler, Eltern und Lehrer. Die Probleme sind bekannt, doch Lösungen sind nur langsam auf dem Weg. Es fehlen Lehrkräfte, und mit der Digitalisierung funktioniert es vielerorts auch nicht. Während Letzteres zumindest langsam voranschreitet, droht der Mangel an Lehrpersonal sich in den kommenden Jahren noch drastisch zu verschärfen. Besserung ist nicht in Sicht ... Diese Lage ist fatal. Die Zeit der coronabedingten Schulschließungen steckt vielen noch in den Knochen. Und unter der Mangellage an den Schulen leiden – wie zu Coronazeiten – vor allem jene, die es ohnehin schon schwerer haben. Bildungspolitik ist immer auch Sozialpolitik und in Deutschland versagt sie regelmäßig.

Ausgerechnet jetzt will das Bundesinnenministerium der Bundeszentrale für politische Bildung ein Fünftel ihres Budgets streichen. Das ist der falsche Weg. Die Bildung junger Menschen fürs Leben, für die Arbeitswelt und die demokratische Gesellschaft sollte uns mehr wert sein“. Der Widerspruch ist offensichtlich: Die Notwendigkeit, in politische Bildung zu investieren und sie quantitativ und qualitativ zu erweitern, geht einher mit Mittelkürzungen in der politischen Bildung. Der finanzielle Rotstift herrscht über die politische Vernunft. Interessanterweise werden vor allem bei sich ökologisch-sozialdemokratisch-sozialistisch verstehenden Vereinen und Organisationen wie Attac, Campact oder die Amadeu-Antonio-Stiftung die Mittel gekürzt oder mit Streichung gedroht – ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Beim Schreiben dieser Zeilen wird mir bewusst, wie schwierig, ja fast unmöglich es ist, bei aktuellen, lebensbedrohlichen Themen (in der politischen Bildung) neutral und distanziert zu bleiben, wie es in der Politikdidaktik bzw. im „Beutelsbacher Konsens“ verlangt wird (mehr dazu im Inneren des Newsletters). Politische Bildung in Krisen- und Konfliktzeiten wird immer notwendiger, aber auch immer komplizierter und umkämpfter.

Neben unserem „Dauerbrenner“ „In welcher Gesellschaft/ Welt leben wir eigentlich?“, in dem etliche Beispiele diese Krisen- und Konfliktzeiten dokumentieren, folgt ein Grundsatzbeitrag zu „politischen Bildung“, um einen ersten Überblick zu verschaffen. In der Rubrik „Was man wissen sollte“ geht es diesmal um die aktuellen Schlagworte bzw. Konzepte „Cancel Culture und Wokismus“. Alsdann soll ein auf frühere Überlegungen aufbauender Theoriebeitrag mit dem Titel „Verständigung über Perspektiven“ eine spezifische und sicher diskutierbare Sicht auf politische Bildung werfen, bevor unsere Buchbesprechung ein themenbezogenes aktuell und international viel beachtetes Buch, eine Art Manifest, zur Diskussion stellt: „Eine grüne demokratische Revolution“, ein sicher umstrittenes Plädoyer für einen „linken Populismus“ in Zeiten rechtspopulistischer Hegemonie (z.B. von Verschwörungstheorien, fake news, AfD und Konsorten). Eine kurze „Handreichung“ soll abschließend das Thema „politische Bildung“ im Westentaschenformat beenden, bevor wir einen Ausblick geben auf das Thema im nächsten Newsletter: „Familien“ (Plural!).

Sonnige und unbeschwerte Tage und Wochen wünscht allen

Ihr Hartmut M. Griese

DAUERBRENNER: IN WELCHER GESELLSCHAFT LEBEN WIR EIGENTLICH?

VON HARTMUT M: GRIESE

„Kommunikation ist nicht alles,
aber ohne Kommunikation ist alles nichts“
(Bernhard Pörksen, Medienwissenschaftler)

Die Sicht eines Pop-Künstlers

Nachdenkenswürdige An- und Einsichten zu unserem Dauerbrenner gibt Mick Hucknall, Frontmann und Gründer der Rock-Pop-Band Simply Red im Interview (MZ vom 22. Juni 2023): „Wir als Gesellschaft haben uns sehr polarisiert. Die Menschen holen sich Informationen aus einer oder zwei Quellen, die nur eine Seite der Diskussion widerspiegeln. Wenn ich jemand einen Rat geben soll, würde ich sagen: Lesen sie eine rechte und auch eine linke Zeitung! Vergewissern sie sich, dass sie eine ausgewogene Meinung haben. Im Moment gibt es in den sozialen Medien viele Leute mit großen Meinungen, die aber schlecht informiert sind ... Sie wollen nicht einmal die andere Seite der Argumente hören“.

Die dreijährige Arbeit hatte sich zum Ziel gesetzt, ein bisher wenig erforschtes und wenig beachtetes gesamtgesellschaftliches Phänomen zu untersuchen, um Empfehlungen für Politik, Verwaltung und Pädagogik daraus ableiten zu können. Gemäß dem Bericht zeigt sich Muslimfeindlichkeit vor allem in negativen Zuschreibungen und Vorurteilen wie „weitestgehend unveränderbare, rückständige und bedrohliche Eigenschaften“, konkret: Aggressive und gewalttätige Männer und nicht selbstbestimmte Frauen. Im Bericht heißt es: Muslimfeindlichkeit sei „kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung verbreitet ... auf einem beständig hohen Niveau. Jeder Zweite Deutsche sei „islamfeindlich“ eingestellt, so dass dieses Merkmal unserer Gesellschaft „zum Teil regelrecht normal“ sei. Etwa ein Drittel der ca. 5,5 Millionen Moslems in Deutschland erfährt regelmäßig Diskriminierungen und Ausgrenzungen durch Muslimfeindlichkeit. Diese wird im Bericht definiert als „die Zuschreibung pauschaler, weiterstehend unveränderbarer, rückständiger und bedrohlicher Eigenschaften“ gegenüber Muslimen, wobei der Islam pauschal mit Gewalt, Extremismus und Rückständigkeit sowie Affinität zu patriarchalen Strukturen assoziiert wird.



Immer mehr Armut und Hunger in der Welt

Im Bericht „Kompass 2023 – zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik“, den die „Welthungerhilfe“ und „Terre des Hommes“ gemeinsam vorgestellt haben, steht zu lesen, dass sich „Hunger und Armut“ weltweit verschärft haben, so dass sich die gesetzten Ziele der „Agenda 2030“ wahrscheinlich nicht erreichen lassen. Gemäß dem „Global Report on Food Crisis 2023“ leiden gegenwärtig gut 250 Millionen Menschen in 58 Ländern an „akutem Hunger“.

„Muslimfeindlichkeit“ normal

Ende Juni 2023 wurde der Abschlussbericht „Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz“ vom Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) der Presse öffentlich vorgestellt.

„Fremdeln mit der Demokratie“?

Wissenschaftler der Universität Leipzig, die sich seit Jahrzehnten mit dem sozial-politischen Wandel in Ostdeutschland befassen, haben eine neue Studie vorgelegt, in den 3.546 Personen nach ihren politischen Einstellungen und rechtsextremen Präferenzen befragt wurden. Ergebnisse in Kurzform: Drei Viertel der Befragten sind mit der politischen Ordnung („Demokratie“?) oder Teilen davon unzufrieden, so dass die Forscher konstatieren: „Wir beobachten also ein ausgeprägtes Fremdeln mit der Demokratie“. Über 40 % bejahen die Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; 36,6 % billigen den Satz „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“, 26,3 % hoffen auf eine „einzige starke

Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ und 14 % wünschen sich „einen Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“; 9 % hält eine Diktatur für die „bessere Staatsform“. Das Reservoir der AfD-Wähler ist also bei weitem noch nicht voll ausgeschöpft und besteht nicht nur aus Protestwählern. Die Autoren glauben an eine „Sehnsucht nach der DDR“ mit rechtem Anstrich bei einem großen Teil der der Befragten – eine gewagte Hypothese, oder?

Psychische Erkrankungen nehmen zu

Das Statistische Bundesamt teilt mit, dass Verhaltensstörungen und psychische Probleme im Jahr 2021, u.a. als Folge von Corona, die häufigste Ursache für stationäre Krankenhausbehandlungen von 10- bis 17-jährigen jungen Menschen waren. Gut 80.000 bzw. knapp 20 % der jungen Klinikpatienten zeigten dieses Krankheitsbild. Der häufigste Therapiegrund waren dabei Depressionen mit ca. 22.000 Fällen. Insgesamt sei ein kontinuierlicher Anstieg dieser Erkrankungen seit Jahren zu beobachten.

Undank ist der Welten Lohn

Nach einem Bericht von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung hat die Bundesregierung vielen afghanischen Ortskräften, also Menschen, die für ein deutsches Polizeiprojekt in Afghanistan gearbeitet haben, ein Visum verweigert. Obwohl die GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es sich bei diesen Menschen um

„besonders gefährdete“ Personen handelt. Insgesamt wurden weit über 1000 Personen abgelehnt und lediglich 56 haben eine Aufnahmezusage erhalten.

Armut und Inflation

Aus den neuen Eurostat-Daten für 2022 geht hervor, dass etwa 10 Millionen Menschen bzw. 11,4 % der Deutschen sich nicht jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch leisten können. Ein gleichwertiges vegetarisches Essen können sie ebenfalls nicht bezahlen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende (19,3 %). Insgesamt ist die Zahl der Betroffenen langsam und tendenziell in den letzten Jahren gestiegen. Jeder vierte junge Mensch gilt als arm, meldet das Statistische Bundesamt. Bei Elternhäusern mit „niedrigem Bildungsabschluss“ gelten mehr als ein Drittel der unter 18-jährigen als arm. In unserem Land gilt die Normfamilie mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern als arm, wenn das monatlich zur Verfügung stehende Geld unter 2.625 Euro liegt.

Reichtum und Klimakatastrophe

Nach einer Studie des renommierten World Inequality Lab in Paris gehen etwa 17 % der Treibhausgase auf das Konto der reichsten 1 Prozent. Die reichsten 10 % verursachten etwa die Hälfte der Emissionen, wobei die arme Hälfte der Weltbevölkerung (ca. 4 Milliarden) zusammen auf nur 12 % der Emissionen kommt. Der UN-Generalsekretär Guterres sagt dazu: „Die Ära des globalen Kochens ist angebrochen. Der Klimawandel ist da. Er ist erschreckend“. Der Juli 2023 ist der heißeste



Monat seit Klimaaufzeichnungen. Klimahinweise aus Eisbohrkernen und Baumringen belegen, dass es seit rund 120 000 Jahren nicht mehr so heiß auf der Erde war. Die Folge werden zunehmend dramatische Hitzewellen, Sturmfluten, Dürren, Extremwetter und Wirbelstürme sein, wobei langsam, aber sicher, der Permafrost und die Eisdecke von Grönland, Sibirien und der Arktis schmelzen werden, was zu Ansteigen des Meeresspiegels führen wird.

Zunahme von Extremwetter

Ein Superlativ folgt dem Anderen: Noch nie war die globale Durchschnittstemperatur so hoch wie im Juli 2023. Das Mittelmeer heizt sich auf bei Temperaturen von weit über 40 Grad, gefolgt von den höchsten Niederschlagsmengen und Überflutungen ehemals sicherer Regionen. Die steigende CO₂-Belastung führt zu steigenden Temperaturen, mehr Wetterextremen, Anstieg des Meeresspiegels sowie Abschmelzen der Polkappen und Gletscher. Der Permafrostboden taut und setzt Methan und CO₂ frei, was den Kreislauf weiter ankurbelt. In Kärnten und Slowenien sind große Regionen überflutet, sogar in Skandinavien registriert man Hitzewellen und Sturmtiefs, in Spanien und den USA brennen riesige Flächen, zuletzt auf Hawaii. Die drastischen und katastrophalen Folgen des Klimawandels sind seit geraumer Zeit durch wissenschaftliche Expertisen ausreichend prognostiziert. Forscher warnen vor dramatischen Konsequenzen. Klimakonferenzen tagen – und es passiert faktisch nichts. Bleiben nur noch „Fridays for Future“ und „Die letzte Generation“ als Hoffnung?

Preissteigerungen und Profit

Der weltgrößte Lebensmittelproduzent, der Schweizer Konzern Nestle, hat gewaltig an Preissteigerungen profitiert und im 1. Halbjahr 2023 einen operativen Gewinn von 8,27 Milliarden Euro vor Steuern erzielt. Dabei wurden weniger Waren verkauft, aber mehr Gewinn gemacht, da die Preiserhöhungen etwa 9,5 % ausmachten.

So viel Tote wie noch nie

Nach Angaben der tunesischen Behörden sind seit Jahresbeginn 901 ertrunkene Asylsuchende vor der Küste geborgen worden – so viele wie noch nie in diesem Zeitraum. Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass bei Bootsunfällen in diesem Jahr im Mittelmeer Tausende Menschen ums Leben gekommen sind, Tendenz zunehmend.

Sinkendes Politikinteresse

Wenn man der aktuell vorgelegten Studie „Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit“ des Marktforschungsinstituts

Rheingoldinstitut folgt, suchen immer mehr Bürger im privaten Bereich ihre Rückzugsoase und reagieren auf ihre „gespürte Aussichtslosigkeit mit einer Flucht ins private Glück“. Die Alltagsbedrohungen in Form von Klimakatastrophe, Inflation, Zukunftsangst und Krieg werden tendenziell verdrängt und ausgeblendet. Man wendet sich mehr und mehr dem Zuhause, privaten Hobbies, Fitness, Yoga und Meditationen zu. Die Studie hat daher auch den markanten Untertitel „Zwei Drittel der Bevölkerung misstrauen der Regierung und ihrer Politik – Zukunftszuversicht scheint nur noch im Privaten möglich“. Eine kleine einseitige Stichprobe und methodische Unzulänglichkeiten schränken die Ergebnisse zwar ein (Online-Befragung, Alter), allerdings lässt die Zusammenfassung aufhorchen: „Zwischen persönlicher Zuversicht der Deutschen und dem Vertrauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herrscht eine große Diskrepanz“. Vielleicht sollte man bei zukünftigen Studien stringenter unterscheiden zwischen Politik-, Politiker*innen- und Parteien-Verdrossenheit oder -Desinteresse!

Politische Bildung wird mit Geld gemacht

Gesellschafts- und Politikkritische Vereine und Organisationen wie Attac und Campact (der Schreiber dieser Zeilen ist bei beiden Fördermitglied) müssen um ihre Gemeinnützigkeit zittern oder haben sie schon verloren oder werden, wie die Amadeu-Antonio-Stiftung von der AfD beim Finanzamt angezeigt. Die Folge ist: Rund 30.000 progressive Vereine und Stiftungen bangen um ihre politische Arbeit und Existenz und ziehen ihr Engagement zurück. Das politische Fundament der Zivilgesellschaft, konkret die Initiativen und Bürgerbewegungen und ihr Engagement, scheinen gefährdet. Das Finanzamt bzw. der Finanzminister Christian Lindner misst mit zweierlei Maß, da konservative und neoliberale Vereine ungestört ihrer Beeinflussung der Bildungs- und Gesetzesarbeit nachgehen können.

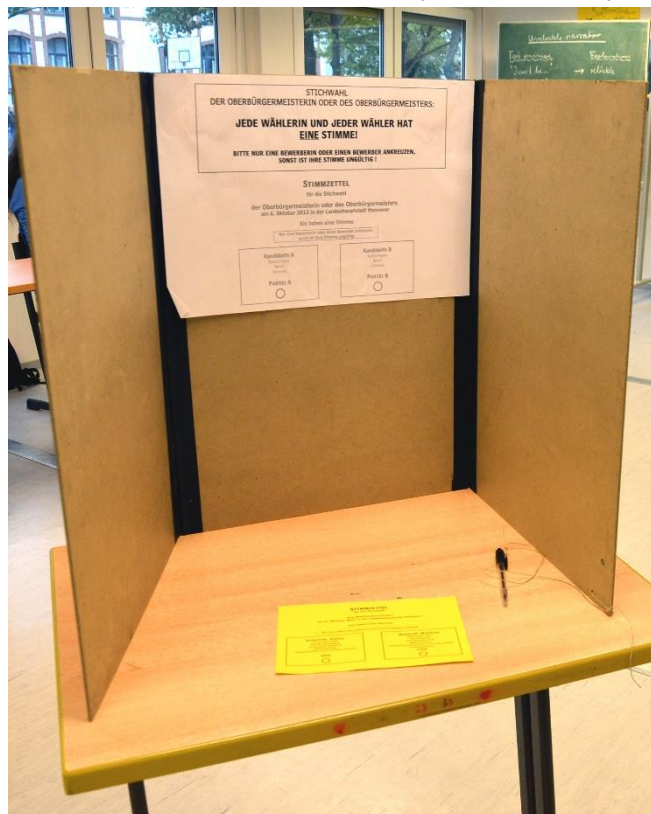
Wohnungsnot

Der zur Verfügung stehende öffentlich finanzierte Wohnraum ist auf historischem Tiefstand. Ende 2022 gab es nur noch knapp 1 Millionen Sozialwohnungen. Im alten Westdeutschland (BRD) gab es noch fast 4 Millionen – eine sozialpolitische Katastrophe. Einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein bzw. eine Sozialwohnung haben aber über 10 Millionen Haushalte. Die Wohnungsnot scheint allen Experten zufolge in nächster Zeit noch zuzunehmen, vor allem in Ballungszentren. Die Ampel-Regierung hatte ca. 100.000 neue Sozialwohnungen jährlich versprochen, gebaut wurde ein knappes Viertel davon und 36.500 Wohnungen fielen aus der Preisbindung.

Die Linke im Bundestag fordert daher ein „Sondervermögen für bezahlbare Unterkünfte“.

Gesellschaft und sozialer Wandel

Gemäß der US-amerikanischen „Gender-and-Race-Theoretikerin“ Sally Haslanger ist Gesellschaft ein „dynamisches System“, welches sich in verschiedene Subsysteme (Politik, Wirtschaft, Medizin/ Gesundheit, Religion, Bildung usw.) aufteilt und das übergeordnete Ziel „soziale Reproduktion“ hat. Historisch entwickeln sich dann sog. „Kulturtechniken“, welche die Subsysteme (an)leiten und damit auch das Denken und Handeln sowie die Identität der Menschen prägen (Sozialisation). Diese Leitlinien können strukturell schlecht für die Gesellschaft sein und zu Unterdrückungen führen. Solche schlechten Logiken sind für Haslanger der Kapitalismus, Rassismus und das Patriarchat. Das Problem aktuell ist nun, dass Veränderungen der kulturellen Logiken potenziell verunsichernd wirken, da sie Alltag und Identität sowie die gewohnte Lebenspraxis einzelner Personen oder Gruppen infrage stellen. Dies erklärt die teilweise starken Widerstände gegen gesellschaftliche Veränderungen, z.B. in Reaktion auf den Klimawandel oder die Corona-Pandemie sowie die Sehnsucht nach vertrauten Mustern, welche den Konservatismus und Nationalismus stärken. Während die renommierten kritischen Gesellschafts-Theoretiker der „Frankfurter Schule“, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, den Faschismus noch für den Nährboden und die adäquate Staatsform für den (Spät)Kapitalismus sahen und erst im Exil in den USA ihre sog. „Kulturindustrietheorie“ entwickelten, um die Herrschaft des Kapitals in der medialen Massendemokratie zu erklären, war Lenin der Meinung, dass die liberale Demokratie (wie wir sie heute haben in den meisten westlichen Staaten haben) die „beste Hülle“ für den Kapitalismus sei, weil der Frust über die Klassenverhältnisse (Armut, Wohnungsnot etc.) sich an vom Kapital (Wirtschaft) abhängigen Regierungen entlade (vgl. Politikverdrossenheit, Protest) und durch ständige Wahlen, die wenig ändern, am Leben gehalten wird.



GRUNDSATZARTIKEL: POLITISCHE BILDUNG

VON HARTMUT M. GRIESE

„Ungewiss, ob es etwas wie den Deutschen, oder das Deutsche, oder irgendein Ähnliches in anderen Nationen überhaupt gibt“
(Theodor W. Adorno, 1903-1969)

Politische Bildung (pB) als Spezial- oder Teildisziplin von „Bildung“ hat ihre Standbeine bzw. wissenschaftlichen Orientierungen in der Politikwissenschaft, in der Geschichtswissenschaft und in der Pädagogik. Von daher ist sie bestrebt, politisch-ideologische Zusammenhänge im Laufe der Geschichte und mit Wirkung auf die Gegenwart von Gesellschaften und des internationalen Geschehens zu erkennen und zu analysieren, um bei den Adressaten aller Altersgruppen (Schüler, Jugendliche, Erwachsene) Kritikfähigkeit auf der Basis von Wissen und Kenntnissen (kognitiver Aspekt) sowie Toleranz und Respekt (emotional-moralischer Aspekt) gegenüber Mitmenschen zu vermitteln und zu stärken mit dem Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Teilhabe und demokratische politische Partizipation zu fördern. Ihre Hauptaufgabenfelder und Themen sind „Krieg und Frieden“, „Umwelt und Natur“, (neue) Medien, Menschenrechte, „Gender“ und soziale Ungleichheiten/Ungerechtigkeiten. PB geschieht in zumeist didaktisch organisierten Bildungsprozessen (in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung), aber auch informell im Alltag durch Erfahrungen, Medienkonsum und Diskussionen mit Mitmenschen. Letzteres nennt man „politische Sozialisation“. International spricht man bei politischer Bildung von „civic education“ oder „citizenship education“.

Vom Selbstverständnis her kann man nur in Demokratien von politischer Bildung sprechen.

PB soll dazu beitragen, das Verhältnis des Individuums zum Politischen zu klären (Sag‘, wie hast Du’s mit der Politik). PB wird überwiegend über weltanschaulich verschieden ausgerichtete Institutionen oder Verbände ausgeübt wie Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Wirtschaftsverbände oder mit von diesen beauftragten Bildungswerken. PB als junge Fachwissenschaft befasst sich mit Zielen und Aufgaben, mit didaktischen Fragen der Auswahl und Begründung von Themen, Inhalten und Praxisfeldern sowie mit methodischen Ansätzen und deren Prinzipien (z.B. Lebensweltorientierung und Teilnehmerbezug, Aktualität, Emotionalität, Lernformen, Kritikfähigkeit etc.).



In der Lehrer*innenausbildung bzw. in den Schulen heißt das betreffende Schulfach äußerst unterschiedlich (ebenso spricht man an Hochschulen von Politikwissenschaft, Politologie, oder Politik als Studienfach): Politik, Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, Staatsbürgerkunde, Sozialwissenschaften, Politische Bildung. Es herrscht also viel Verwirrung in diesem Bereich. Unklar bzw. umstritten ist nach wie vor, welcher Begriff von „Politik“ zugrunde gelegt werden soll: ein enger oder ein weiter Politikbegriff – eng bezogen auf die partei- oder regierungsbezogene Politik – oder weit im Sinne von auch „Das Private ist politisch“ und es gibt keine politikfreien Bereiche in der (Welt-)Gesellschaft.

PB hat immer eine kognitive Komponente (Wissen und Erkenntnisse vermitteln), eine emotionale (Moral, Respekt, Identifikationen), eine Handlungsausrichtung (Kompetenzen, Selbst-Reflexionen stärken) sowie die normative Zielperspektive „mündiger Staatsbürger“. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieses Konglomerat als Balanceakt, denn historisch begann pB als ein „ideologisches Fach“, als Herrschaftslegitimation (z.B. Staatsbürgerkunde im Kaiserreich) oder als

„Mission“ und Gesellschaftsveränderung im Sinne der Beeinflussung und Manipulation der Massen (z.B. im Hitlerfaschismus oder anderen autoritären Staaten). In der Neuzeit bzw. Gegenwart kommt ein „Drittes Grundmuster“ dazu: „Erziehung zur Freiheit“, „Reflexion und Mündigkeit“ (vgl. oben). Die Vergangenheit lebt aber zumindest latent in der Gegenwart – je nach ideologischer Ausrichtung der Träger – weiter. So kann man z.B. folgende weltanschauliche Tendenzen in der pB konstatieren: eine konservative (Tradition, Ordnung, Staatsautorität vermitteln durch Institutionenkunde, Betonung von Rechtsprinzipien, Gemeinsinn, Heimatgefühl); eine liberale Ausrichtung (Freiheitsgedanke, Individualismus, Verantwortung und Menschenrechte sind im Fokus); die sozialdemokratische Position (Vielfalt, Kritikfähigkeit, politische Partizipation, Verteidigung demokratischer Grundrechte); eine links-marxistische Orientierung (Emanzipation als Abbau von Herrschaft, Ideologiekritik, Solidarität mit den Schwachen, Gesellschaftskritik).

Zum Themenfeld pB in Deutschland gehört auch die Nachkriegszeit, in der im Auftrag der Alliierten über Konzepte wie Entnazifizierung, Re-Education und demokratische Erziehung das bürgerliche Bewusstsein demokratisiert und entsprechende Verhaltensweisen und Einstellungen durch spezielle Programme und Aktivitäten gefördert werden sollten. Inhaltlich ging es um die „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“ und des Anti-Semitismus. Von daher wurde auch das Schulfach „Sozialkunde“ oder „Gemeinschaftskunde“ (vgl. oben) eingeführt und entsprechende Lehrer*innen in pB und deren Didaktik ausgebildet. Dies begünstigte auch das Aufkommen und die Etablierung einer neuen Wissenschaftsrichtung „Politische Bildung“ oder Erwachsenenbildung (erste Professur 1969) an deutschen Hochschulen und beförderte eine spezielle Politikdidaktik.

Nach längeren Debatten gelangten einflussreiche Politikdidaktiker bei der Diskussion um Ziele und Grundprinzipien der pB 1976 zu einem Kompromiss, dem „Beutelsbacher Konsens“. Dieser legt Grundsätze und Basisregeln für die pB fest und bezieht sich in Kürze auf

- a) Das „Überwältigungsverbot“ (auch „Indoktrinationsverbot“), was bedeuten soll, dass Dozent*innen (Lehrer*innen) ihre persönlichen politisch-ideologischen Meinungen und Einstellungen nicht den Lernenden (Schülern) überstülpen bzw. aufdrängen dürfen, sondern helfen, eine eigene Meinung zu entwickeln;

b) Das „Kontroversitätsgebot“ (Gegensätzlichkeit), d.h.: Alle Themen und Inhalte müssen – wie es auch öffentlich-medial in einer pluralistischen Gesellschaft üblich ist – kontrovers bzw. aus verschiedenen Perspektiven diskutiert werden, so dass eine freie Meinungsbildung möglich wird;

c) PB muss die Menschen (Teilnehmer*innen, Schüler*innen) in die Lage versetzen, die gesellschaftliche Situation und die eigene Position angemessen und selbst-kritisch zu analysieren, um sich selbst in der Gesellschaft verorten und kompetent handeln zu können. Dabei soll „nach Mitteln und Wegen gesucht werden, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“.

Durch die Deutsche Einheit kamen neue Herausforderungen bzw. Themen und Inhalte auf die pB zu, da in der DDR ein anderes Verständnis und eine andere Praxis von pB vorherrschte (vgl. oben „ideologisches Fach“ und „Staatsbürgerkunde“) und massive Vorbehalte von pädagogisch Tätigen gegenüber Maßnahmen zur pB oder zur Lehrer*innen-Fortbildung in Sozialkunde oder pB in den neuen Bundesländern vorlagen. In anderen Worten: Man wollte nicht wieder ideologisch infiltriert bzw. manipuliert und nun umgepolt werden, wenn „der Kapitalismus im Gewand der Demokratie und der Modernisierung“ bzw. die „Erziehung zur Marktwirtschaft“ neue Staatsrason werden sollte. Diese Grundprobleme verfolgen die pB bis heute: Staatsrason oder Gesellschaftskritik? (Scheinbare) Neutralität oder (offene) Parteilichkeit? Handeln oder nur kritische Reflexion? Enger oder weiter Politikbegriff?

In jüngerer Zeit wurde der Diskurs in der pB durch den PISA-Schock (2000) dahingehend beeinflusst, dass über Bildung allgemein und Bildungsstandards, auch in

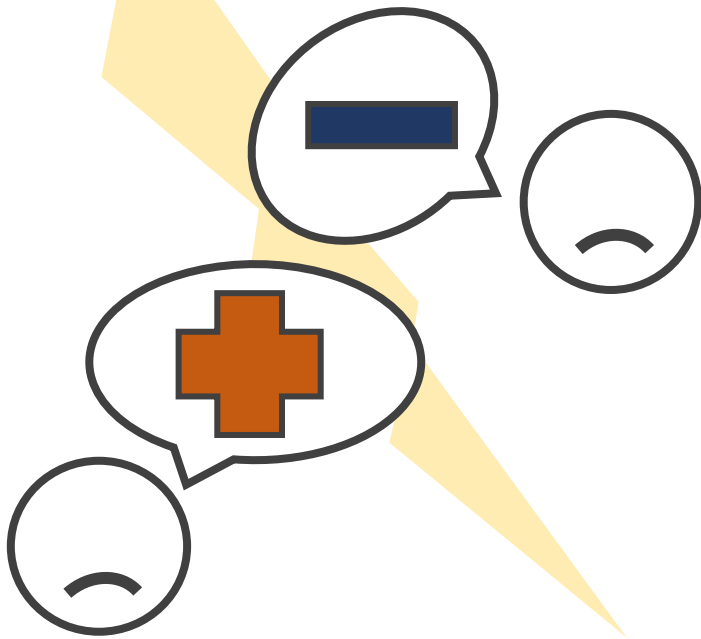
der pB, heftig debattiert wurde, was zur

Abkehr vom (idealistischen) Bildungsbegriff und zum „Aufstieg des Kompetenzkonstrukts“ führte (vgl. letzter Newsletter). Nicht zuletzt der aufkommende Rechtsradikalismus, vor allem im populistischem Gewand, und die Wahlerfolge der AfD haben die pB aufgerüttelt und zu neuen Debatten geführt (z.B. über den angemessenen „politisch korrekten“ Umgang mit Gefühlen, Traditionen und Verschwörungstheorien in der pB; siehe dazu auch unsere Buchbesprechung). Zuletzt wurde die pB mit dem Konzept einer „Demokratiepädagogik“ konfrontiert, das sich stärker erziehungswissenschaftlich versteht und den Fokus auf Demokratie statt Politik legt. Fundamentale Differenzen scheinen bei diesem Kampf oder Konflikt „um des Kaisers Bart“ nicht vorzulegen, eher ein „alter Wein in neuen Schläuchen“. Desweiteren hat das Konzept BNE (= Bildung für nachhaltige Entwicklung) den Diskurs um pB erweitert, da die globale Dimension und die Zukunftsfragen und -ängste aktuell an Bedeutung gewinnen – Klimakatastrophen wie Waldbrände, Dürre, Überflutungen, Wirbelstürme, Cyberkriege, Krieg in der Ukraine, Internetkriminalität, Digitalisierung, Pandemien etc.

Wie diffus bzw. umstritten der Stellenwert und die Ziele der pB sind, zeigt ein Blick auf die verschiedenen Bundesländer, die unterschiedlichen Bezeichnungen und inhaltlichen Schwerpunkte, ein Selbstverständnis als Querschnittsaufgabe oder als eigenes Fach, mit oder ohne Verfassungsrang usw. Schulische pB ist immer normativ an der Demokratie bzw. unserem Staatswesen orientiert. Wie sich dieses Postulat mit erwünschter Kritikfähigkeit oder dem Zwang zur Notengebung verträgt, bleibt offen. Wahrscheinlich auch deswegen führt die pB in der Schule ein Schattendasein und beginnt in der Regel erst ab der 7. oder 8. Jahrgangsstufe, während man entwicklungspsychologisch bzw. vom Lernen von Werten und Verhaltensmustern her gesehen viel früher

ansetzen müsste. Dagegen liegen in der





„außerschulischen pB“ andere Kriterien und Voraussetzungen vor, so dass man eigentlich von zwei grundverschiedenen Formen von pB sprechen sollte: Freiwilligkeit, Einmaligkeit, keine Noten oder Bewertungen, Freizeitcharakter etc. an Orten wie Bildungsstätten, in Vereinen, Jugendzentren oder Naturfreundehäusern auf der einen Seite, wo sowohl die Interessen der Teilnehmer*innen als auch die des Veranstalters, die sich oftmals decken, im Mittelpunkt stehen (etwa in der parteigebundenen oder gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in der kirchlichen Jugendarbeit) und schulische Lernformen mit Leistungsorientierung und Bewertung, in geschlossenen Räumen mit vorgegebenen Themen und Inhalten.

Zusammenfassend kann nochmal konstatiert werden: Funktion der pB sollte sein, aktuelles, politisches und historisches Wissen und Erkenntnisse über die (Welt-)Gesellschaft, die Demokratie und das Alltagsleben zu vermitteln, um Menschen politisch kritisch und handlungskompetent zu mündigen Bürger*innen zu sozialisieren. Grundlagen für die politische Gestaltung und die Lösung gesellschaftlicher Fragen und Probleme sind die allgemeinen Menschenrechte sowie die Verfassung, das Grundgesetz. „PB heißt, über das Recht auf Mitsprache, kritisches Denken, Hinterfragen und aktives Mitgestalten in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzuklären und Möglichkeiten der Beteiligung aufzuzeigen“ (BMFSFJ).

Kritisch muss eingewendet werden, dass pB das Problem oder das Postulat der Neutralität (vgl. Beutelsbacher Konsens oben) nicht durchhalten kann, da pB immer auch normativ ist

bzw. sein muss. Die normative Unbestimmtheit ermöglicht eine Instrumentalisierung in verschiedene Richtungen. Außerdem hat der Konsens immer auch eine ideologische Funktion, die es erlaubt, „Ansprüche nach Emanzipation oder Demokratisierung als Überwältigung von Schüler*innen zurückzuweisen, indem der gesellschaftliche Status quo (etwa der eingeschränkten bürgerlich-liberalen Demokratie) aufrechterhalten werden sollte“. Deutlich wird hier, dass pB grundsätzlich Probleme hat mit Objektivität, Neutralität oder eben Normativität, vor allem bei Fragen und Themen wie Extremismus und „Öko-Pax“, zumal es auch wissenschaftlich keine eindeutigen Antworten auf aktuelle Probleme und Kontroversen gibt (vgl. Corona, Klimawandel, gerechter Krieg, Energiekrise, Inflation etc. – Merke: „Wahrheit gibt es nur im Plural“ oder „Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners“ oder „Nur, was wir glauben, wissen wir gewiss“ und: Kein Mensch wird mit einer festen Meinung oder Einstellung geboren – wir werden erst zu Menschen gemacht.

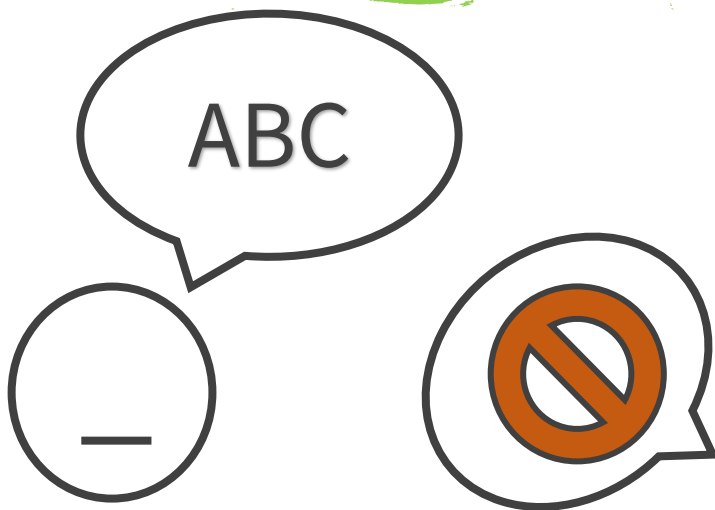
Wie also in Zeiten der Polarisierung, der neuen Kulturkämpfe, der vielen „Wahrheiten“, gesellschaftlichen Spaltungen und Spannungen, der Unübersichtlichkeiten und der Zunahme von fake-news und alternativen Wahrheiten – vor allem im Internet – umgehen mit dem Beutelsbacher Konsens angesichts von Extremismus und Verschwörungstheorien? Sollten wir nicht eher „rote Linien“ diskutieren (bis hierher und nicht weiter) und festzurren, wo Diskussionen enden (müssen) und nur noch der Staatsanwalt weiterhilft? Oder hat jede Meinung (auch jeder Unsinn und Lügen) das Recht, gehört und diskutiert zu werden? Und wer entscheidet zwischen den „Wahrheiten“, zwischen „wissenschaftlicher Erkenntnis“, Lügen (fake news) und Verschwörungstheorie, wenn sich die Wissenschaft(en) auch nicht einig sind? Zur pluralistischen Gesellschaft gehört auch ein Wissenschaftspluralismus. Nur ein autokratisch-autoritäres (Wissenschafts)System kennt die absolute Wahrheit. Mittlerweile mehren sich auch Stimmen, die fordern, die Neutralität als politische Forderung in Bildungsprozessen angesichts einer notwendigen Extremismusprävention abzuweisen. In anderen Worten: Wo demokratische diskursive Spielregeln verletzt werden, endet der Pluralismus; vor dem Hintergrund wachsender Einflussnahme radikaler Positionen auf die öffentlich-ideologischen Debatten ist das Postulat der Neutralität eine Fehlvorstellung. Die „rote Linie“ wird eindeutig durch die universellen Menschenrechte sowie unser Grundgesetz festgelegt.

Anmerkung: Ein 10-seitiger Beitrag des Autors zum Thema „Außerschulische Jugendbildung – was ist das eigentlich?“ findet sich ergänzend hierzu im Internet.

EXKURS: WAS MAN WISSEN SOLLTE

VON HARTMUT M. GRIESE

„Der Kompass ist verloren gegangen in einer gierigen, kalten Gesellschaft ohne Respekt, zerfressen vom Casino-Kapitalismus“
(Leslie Mandoki, Musiker)



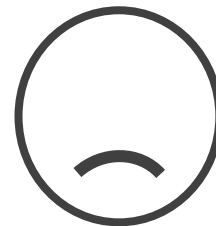
Cancel Culture und Wokismus

Seit wenigen Jahren tauchen beide Begriffe immer wieder in politisch-ideologischen Debatten und Auseinandersetzungen um Verbote und Ausgrenzungen sowie in ähnlichen Kontexten auf – worum geht es da? Was bedeuten Cancel Culture und Wokismus?

Die deutsche Kurzform für Cancel Culture wäre „Zensurkultur“, das Streichen oder Löschen oder das Verbot von Begriffen in Texten oder Debatten (vgl. das N-Wort bzw. Z-Wort). Cancel Culture steht in der Tradition des Diskurses um „Political Correctness“ und „soziale Gerechtigkeit“, konkret um Sexismus, Homophobie, Rassismus, Klassismus. Cancel Culture ist ein moralisches und politisch-ideologisches Schlagwort, welches meint, dass systematisch bestimmte Personen oder Gruppen oder Organisationen ausgeschlossen werden (sollen), denen beleidigende, diskriminierende, sexistische, rassistische, frauenfeindliche, homophobe, antisemitische etc. Aussagen und/ oder Handlungen vorgeworfen werden. Das Ziel ist ein „Deplatforming“, der Entzug der öffentlichen Aufmerksamkeit, eine Art Schreib- und Redeverbot. Beispiele jüngster Zeit sind das Verbot von öffentlichen Auftritten und Vorträgen oder von Büchern und Fernsehsendungen. In

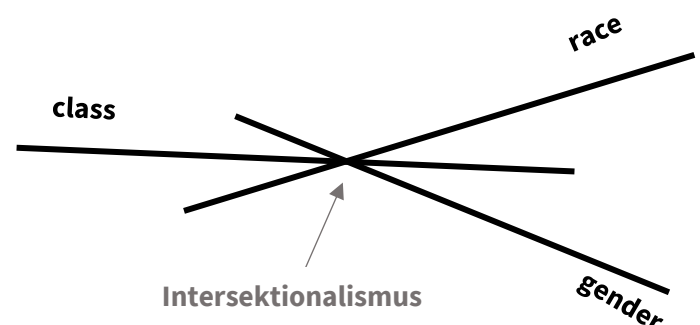
Deutschland ist Cancel Culture oft Ausdruck einer „Spaltung der Gesellschaft“ (vgl. die Debatte um das „Gendern“ in der mündlichen und schriftlichen Sprache oder in der Schule, in Schulbüchern, Dokumenten, Fernsehen). Wokismus meint eine Lebenshaltung, die wach (woke), aufmerksam und sensibel und kritisch engagiert gegenüber Diskriminierungen, Stigmatisierungen, Ausgrenzung, Sexismus und soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten ist. Wokismus ist ein sensibles und erwachtes Bewusstsein (bewusstes Sein) gegenüber allen politischen und sozialen Ungerechtigkeiten.

Der Aufruf „stay woke“ (bleib wach, bleib aufmerksam) meint z.B. die Warnung vor ungerechten Polizeieingriffen gegenüber Schwarze oder Migranten und systembedingte Benachteiligungen. Mittlerweile wird der Begriff „woke/ wokeness“ von Konservativen und rechten Gruppierungen als „anti-wokeness“-Ideologie politisch instrumentalisiert, negativ umkonnotiert und missbraucht – ebenso wie die Termini „political correctness“ und „Cancel Culture“, um deren kritische Perspektive abzuwerten.



Woke Menschen wollen aufwecken, aufmerksam machen hinsichtlich der (strukturellen) Gewalt, der bestimmte Gruppen (Schwarze, Frauen, Arme, Lesben und Schwule, Bisexuelle und Transgender = LGBT) in der jeweiligen Gesellschaft ausgesetzt sind. In der Regel er

folgt dieses Aufmerksammachen aber eindimensional auf eine Gruppe (tribe = Stamm) bezogen und nicht intersektionell (gesamtgemeinschaftlich). Kritiker sprechen daher von „Tribalismus“ oder Sektierertum, andere von „Totalitarismus“, da nur die eigene Situation und Perspektive gesehen und als total gewertet wird. Im Kontext des Wokismus, vor allem im links-liberalen Spektrum, wird mehr über Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus als über das klassische linke Thema Klassismus gesprochen. Aber schon die Begründerinnen des „Combahee-River-Kollektivs“ (auf die der Intersektionalismus zurückgeht) betonten, dass sie „nicht nur Frauen,



nicht nur schwarz, nicht nur lesbisch, nicht nur Arbeiterinnen, nicht nur arm, nicht nur Sozialistinnen“ waren.

Wokismus sollte sich, so mein Fazit, wieder im Sinne von Adorno und Horkheimer auf das Ganze, auf die Totalität der Gesellschaft beziehen und nicht auf singuläre Aspekte, da diese sowieso zumeist intersektional verwoben sind (vgl. oben). Geschieht dies nicht, bleibt Wokismus ein neoliberales populistisches, wenn auch moralisch gut gemeintes Phänomen, welchem mit einer „Politik der Anerkennung“, mit sozialer Gerechtigkeit und mit den Menschenrechten geantwortet werden sollte (zu Anerkennung, Menschenrechte und Intersektionalismus vgl. frühere Newsletter).

DAS AKTUELLE BUCH: CHANTAL MOUFFE (2023): EINE GRÜNE DEMOKRATISCHE REVOLU- TION. LINKSPOPULISMUS UND DIE MACHT DER AFFEKTE.

VON HARTMUT M. GRIESE



Chantal Mouffe ist eine 1943 geborene belgische Politikwissenschaftlerin, die an der Universität von Westminster in London lehrt und bereits mehrere Aufsehen erregende Publikationen in den letzten Jahren vorgelegt hat. Immer geht es bei ihr um die Kritik und Überwindung des Rechtspopulismus, um eine postmarxistische Sicht auf den Neo-Liberalismus und die Postdemokratie (vgl. dazu Buchbesprechung zu Colin Crouch im Newsletter 2/2021) und die Alternative eines Linkspopulismus, welcher Ökologie und die soziale Frage (Gerechtigkeit und Gleichheit) in Einklang bringt und sich dem herrschenden Rechtspopulismus (z.B. der AfD) entgegenstellt. Mouffe geht davon aus, dass die Krisen und Konflikte der (Post-)Moderne

immer auch ein „populistisches Moment“ implizieren, welches von rechtsnational-konservativen Kräften und Parteien erfolgreich genutzt wurde. Diese Kräfte manipulieren geschickt die irrationalen Gefühle und taktieren mit dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unsicheren Zeiten. Autoritäre Neoliberale haben dies in den letzten Jahren genutzt, während linke demokratische Kräfte auf die Überzeugungskraft des besseren rationalen Arguments wie z.B. dem „Green New Deal“ setzten.

Das Buch knüpft an ihr Manifest „Für einen linken Populismus“ an (es 2729), worin die Autorin eine Vision einer „grünen demokratischen Revolution“ entwirft, „die soziale Gerechtigkeit mit ökologischen Zielen verbindet und die Leidenschaften (das Leid und die Gefühle, H.G.) der Menschen mobilisiert“ (Textausschnitt Innenseite). Für Mouffe ist entscheidend für die Zukunft der Menschheit, wie in Krisenzeiten wie gegenwärtig die derzeitige Lage und die ökologischen Probleme wahrgenommen werden. Die erforderliche grüne bzw. ökologische Wende kann, so ihre Auffassung, nur durch eine Gefühle und Bedürfnisse der Menschen berücksichtigende links-populistische Strategie erfolgen, „die soziale Kämpfe im Rahmen einer Grünen demokratischen Revolution mit ökologischen Zielen verbindet“ (Umschlagtext hinten).

Im Gegensatz zu Habermas, dem einflussreichsten deutschsprachigen Philosophen unserer Epoche, der auf rationale, vernunftbasierte politische Auseinandersetzungen (Diskurs) als Fundament der Demokratie setzt, ist Mouffe der Meinung, dass in unseren Demokratien gegnerische ideologische Kräfte im Kampf um die Herrschaft (Hegemonie) antreten und versuchen, den jeweils anderen Teil zu unterdrücken. Demokratie ist Kampf um die Macht, über die Köpfe bzw. das Bewusstsein der Menschen. Für die Autorin steht fest, dass gegenwärtig die neoliberalen autoritären Kräfte des Nationalismus und Konservatismus die Oberhoheit – zumindest über die Stammtische, die sozialen Medien und das Internet – gewinnen bzw. gewonnen haben (vgl. die Wahlerfolge rechtsnationaler Parteien).

Mouffe geht davon aus, dass es gegenwärtig einen breiten Konsens der Parteien der Mitte gibt, was dazu geführt hat, dass quasi keine Alternative zum Modell der neo-liberalen Globalisierung gibt (TINA-Prinzip, Kapitel 1). Die herrschaftsichernde Ideologie ist, dass alle Abweichler, die sich diesem Konzept eines postdemokratischen Konsens der Mitte kritisch bis ablehnend entgegenstellen, als „extremistisch“ oder gar „terroristisch“ (vgl. das Beispiel Türkei) typisiert und damit gesellschaftlich exkludiert werden. Mouffe nennt dieses

Phänomen „sowohl sozioökonomisch als auch politisch ein wahrhaft oligarchisches System“. Dabei hat die Corona-Pandemie diesen Prozess verstärkt und auch die „Tech-Giganten“ haben profitiert. Ein Protest blieb aus.

Des Weiteren widmet sich die Autorin dem Komplex „Politik und Affekte“ (Kapitel 2) und argumentiert, dass dieser Bereich rationalen Analysen schwer zugänglich ist, weshalb rechte und neoliberale Positionen hier die Oberhand gewonnen haben. Die „globalistische Linke“ dagegen hat sich diesem Komplex immer verweigert und überwiegend auf Fakten und rational begründete Überzeugungskraft gesetzt.

Im 3. Kapitel zu „Affekte, Identität und Identifikationen“ wird Mouffe anthropologisch, entwirft ihr Menschenbild als Grundlage ihrer politischen Theorie: Der Mensch ist nicht nur homo sapiens, nicht nur rational denkendes und handelndes Wesen, sondern immer auch affektiv und leidenschaftlich (vgl. Newsletter zu „Menschenbilder“). Menschen suchen demnach eine Gruppe, eine Gefühlsgemeinschaft, der sie angehören können und die Identität stiftet und Identifikationen anbietet. Diese Angebote kommen derzeit überwiegend vom rechten Rand der Gesellschaft.

Im abschließenden Praxisteil sucht die Autorin nach links-ökologischen Identifikationen für die grüne Revolution, die sich dem „neoliberalen Komplex aus Finanzkapital und Tech-Giganten zusammen mit den politischen Parteien der Mitte“ und deren „Konsens, dass an neoliberalen Problemlösungen kein Weg vorbeiführt“ (there is no alternative = TINA-Prinzip) entgegenstellen. Das Problem ist: Die zersplitterten links-ökologischen Kräfte kreieren oder finden kein gemeinsames Identifikationsprojekt, so dass keine Massenbewegung entsteht, obwohl die objektiven Gegebenheiten (Klimakatastrophe, Armut, Mietwucher, Inflation, Kriegspolitik, Aufrüstung etc.) quasi danach schreien. Dafür hat auch Mouffe keine schlüssige Antwort. Die Hoffnung liegt im Entwurf einer neuen positiven Gesellschaftstheorie, die für Linke aller Art ein affektiv beladenes Identifikationsobjekt wäre. Der Weg dahin wäre ein Gefühl und Bedürfnisse der Menschen berücksichtigender links-ökologischer Populismus, wie er z.B. bei Sarah Wagenknecht vorliegt (vgl. dazu die Buchbesprechung zu „Die Selbstgerechten“ im Newsletter 1/ 2021).

Wenn man Mouffe folgt, müssten Überlegungen angestellt werden zu einer „populistischen Vernunft“ von links, die dem Konsens der (rechten und linken) Mitte in Sachen Gefühle, Bedürfnisse und Identifikationen etwas entgegenzusetzen hat.

Gegenwärtig erfolgen nur „Machtwechsel zwischen Mitte-rechts und Mitte-links“ (S. 10) – was die letzten Regierungsjahrzehnte in Deutschland belegen. Seit der Finanzkrise haben sich die Polarisierung der Gesellschaft bzw. die exponentielle Zunahme der Ungleichheit verfestigt, die Prekarisierung erfasst weite Teile der Mittelschicht. Ein ethnonationalistischer Diskurs von rechts schließt Migrant*innen aus, „die als Bedrohung der nationalen Identität und des Wohlstands gelten“ (S. 11). Angesichts von gruppenspezifischen und identitätsbezogenen Kulturkämpfen von Feminist*innen aller Art, Antirassisten, LGBTQ-Bewegten in unserer tribalisierten Gesellschaft gerät die „soziale Frage“ in den Hintergrund, die alleine einem linken Populismus dienlich wäre.

Das Fazit dieser Situationsbeschreibung lautet bei Mouffe: „Angesichts der Versuche sowohl der extremen Rechten als auch neoliberaler Eliten, die von der Pandemie (und den weiteren Krisenszenarien, H.G.) ausgelösten Affekte zu nutzen, um ein autoritäres Modell durchzusetzen ist es für die Linke unerlässlich, sich mit dem Sicherheits- und Schutzbedürfnis zu befassen“ (S. 33). Es geht politisch um die Anerkennung und Bedeutung von Affekten, von gemeinsamen Affekten und Identifikationen. Konkret: „In der derzeitigen Lage, geprägt von zunehmender Unzufriedenheit mit der Demokratie und einer beunruhigenden Zahl von Nichtwählerinnen ist es unerlässlich, den konfrontativen Charakter der Politik und die zentrale Rolle von Affekten hervorzuheben“ (S. 46/47). Rechte Populisten bzw. der Neo-Nationalismus machen dies seit Jahren (siehe Türkei, Polen, Ungarn, Italien, Russland). Um Macht zu erhalten, um politisch zu handeln, bedarf es Energien und Affekte, die unverzichtbar sind, um gesellschaftliche Prozesse voranzubringen. „Was Menschen zum Handeln treibt, sind Affekte und die Identifikationen, in die diese Affekte eingebettet sind“ (S. 49). Beispiele sind die „Black Lives Matter“-Bewegung oder der „Arabische Frühling“, wo es um „echte Demokratie“ und nicht eine „Forderung nach Sozialismus“ ging. Die Forderungen hatten etwas mit Gerechtigkeit und Gleichheit zu tun, ließen aber sozialistisches Vokabular und Postulate außen vor. Der Sozialismus muss daher „im Sinne einer radikalen Demokratie umformuliert werden“ (S. 51). Dies führt zu einem links-ökologischen Populismus, der „im Namen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit“ sowie ökologischer Nachhaltigkeit daherkommt. Diese Themen sind affektiv besetzt und bieten Ansätze für Identifikationen (z.B. mit der „no future Bewegung“).

Die Bedeutung von Affekten und Gefühlen für menschliches Handeln ist auch in den Humanwissenschaften wieder

entdeckt worden und man spricht bereits vom „affective turn“. Mouffe konzentriert sich in ihrer Analyse insbesondere auf „Leidenschaften“ als Sonderform von Affekten, gemeinsame Affekte, die eine Rolle bei politischen Identifikationen und Identitäten spielen.

„Die Weigerung der rationalistischen Linken, sich mit der affektiven Dimension von Politik auseinanderzusetzen, ist der Grund, warum so viele linke Parteien keine Verbindung zur breiten Masse herstellen können“ (S. 64/ 65). Das ist keine neue Erkenntnis, so Mouffe, den schon Ernst Bloch argumentierte in den 30er Jahren, dass „Marxisten dazu neigen, Hunger und das Bedürfnis nach Sicherheit, Heimat, Gemeinschaft und anderen Bindungsformen zu vernachlässigen“ (S. 65). Und ich ergänze: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ (Bertold Brecht). Strategisch geht es darum, „Affekte für soziale Gerechtigkeit zu generieren. Es geht um einen Kampf um Hegemonie“ (S. 66). Affekte kann man nach Mouffe schwer mit rationalen Argumenten bekämpfen, nur mit anderen, positiven Affekten. Wir müssen mit Lust und Leidenschaft für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit eintreten. Das heißt andererseits, dass „die Linke den rationalistischen Ansatz aufgibt und dass sie begreift, worum es im politischen Kampf geht und welche entscheidende Rolle Affekte und Identifikationen spielen“ (S. 68). Politische Ideen (z.B. mehr Gerechtigkeit und Gleichheit, die soziale Frage, Natur zuerst usw.) müssen daher an Affekte gebunden sein (heute würde man sagen ... müssen einfach „geil“ sein). Es muss „geil“ werden, für den Erhalt unserer Natur, die Ressourcen der Erde, eine geringere Erderwärmung oder eine De-Militarisierung einzutreten und auf die Straße zu gehen. Mouffe meint, „mit der ökologischen Krise hat das Projekt einer Radikalisierung der Demokratie eine neue Dimension erreicht“ (S. 84). Die gemeinsame „Sorge um die Umwelt“ kann Leidenschaften wecken, Menschen vereinen, tribale Eigenarten überwinden sowie Affekte und Kräfte bündeln. Mouffe will den Kapitalismus nicht zerschlagen; sie will eine „Erosion des Kapitalismus“, aufzeigen, dass er ökologisch und sozial gescheitert ist, eine radikale Reform durch alternative Institutionen, Button-up-Initiativen und zivilgesellschaftliches Engagement. Fazit: „Eine solche linkspopulistische Strategie ist heute, so behaupte ich, relevanter denn je“ (S. 93, letzter Satz).

In einem „Postskriptum“ konstatiert die Autorin, dass sie das Manuskript abgeschlossen hatte, als der russische Einmarsch in die Ukraine stattfand und wir uns „plötzlich in einer anderen Situation wiederfinden“ (S. 95). Sie sieht im Krieg „die Gefahr eines beträchtlichen Rückschritts im Kampf gegen die

Erderwärmung ... kurz: LNG hat einen größeren Karbonfußabdruck als durch Pipelines transportiertes Gas. Zudem gehen die erheblich gestiegenen Militärausgaben auf Kosten der für die Energiewende notwendigen Investitionen“ (S. 96). Sind das nicht Gründe, radikal-demokratisch sowie pazifistisch-ökologisch zu sein oder zu werden, Gründe, sich mit diesen Ideen zu identifizieren und das ganze links-ökologische Projekt mit Affekten zu besetzen, sich damit zu identifizieren sowie es einfach „geil“ zu finden?



Beschmiertes Wahlkampfplakat „Lass dich nicht hereinlegen“

THEORIEBEITRAG: VERSTÄNDIGUNG ÜBER PERSPEKTIVEN

VON HARTMUT M. GRIESE

„Erwachsene sind lernfähig,
aber unbelehrbar“
(Horst Siebert – Andragoge)

Prämissen und Ausgangssituation

Die objektive gesellschaftliche Wirklichkeit (Realität) können wir wissenschaftlich, d.h. empirisch, wegen ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit, nicht in ihrer Totalität erfassen – empirisch nachweisbar sind nur „Perspektiven“, Sichtweisen und Deutungen der Wirklichkeit, also Wirklichkeiten (Plural). Ich unterscheide also zwischen objektiver Realität und sozial konstruierten, empirisch zugänglichen Wirklichkeiten. Obwohl existentiell neue Herausforderungen regionaler, nationaler und internationaler Art den politischen Alltag aller Bürger*innen und die staatliche Politik im engeren Sinne betreffen und zum innovativen und kreativen politischen Denken und Handeln provozieren müssten, ist m.E. keine entscheidende Bewegung in der wissenschaftlichen Diskussion, um die politische Bildung zu beobachten. Dagegen haben

Industrie und Wirtschaft sowie deren Interessenvertreter mit einem neuen Konzept „funktionale Weiterbildung“, reagiert, konkretisiert als „Kompetenz- oder Qualifizierungsoffensive“ und die zu kurzfristig verwertbaren instrumentellen Produktionswissen führen soll. Einigkeit nach außen scheint nur darin zu bestehen, dass dem empirisch belegten passiv-apatihischen Rückzug und der Desintegration großer Bevölkerungsteile durch politische Bildung gemäß dem Leitbild des – jetzt kommen schöne Worte – selbständigen, mündigen, kritischen, kompetenten und aktiv-politisch partizipierendem Bürger entgegengewirkt werden soll. Ferner wird zur Beruhigung konstatiert, dass „der politischen Bildung im Rahmen der Weiterbildung weiterhin eine besondere Bedeutung zukommt. Politische Bildung gehört zur Innenausstattung der politischen Kultur in unserer Demokratie“.

Theoretische Annäherungsversuche

In der Diskussion um politische Bildung geht es in der Regel vor allem um vier Punkte, die vor dem Hintergrund allgemeiner gesellschaftlicher und globaler Entwicklungen, Risiken und Veränderungen (ökologischer, ökonomischer, technologischer, medialer Art) betrachtet werden (müssen):

- Politik (Verständnis und Begriff, eng - weit);
- Bildung (Verständnis und Begriff in Abgrenzung oder Annäherung zu Lernen, Qualifikation, Kompetenz, Erziehung, Sozialisation);
- Menschenbild (ganzheitlich, christlich, Menschen „Menschenbild und Menschenrechte“);
- Gesellschaftsbild (vgl. Adorno: „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft“?, „Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat“? oder unser Dauerbrenner „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“).

Es wird ersichtlich, dass in diesen vier zentralen Fundamenten jeglicher Konzeption von politischer Bildung bestenfalls ein äußerlicher verbaler Konsens in einer pluralistischen Gesellschaft bestehen kann. Konsensfähig scheint jedoch die Annahme: Politische Bildung bezieht sich qua Definition auf das „Politische“. Das Politische kann nur das sein, was allgemein ist bzw. alle Menschen betrifft – Politik, Bildung, Mensch, Gesellschaft. Politische Bildung ist Allgemeinbildung.

Auch in wissenschaftlichen Disziplinen, die zur Begründung einer (Didaktik der) politischen Bildung herangezogen werden (Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Pädagogik, Anthropologie etc.), fußen theoretische Konzepte

(z.B. über Erziehung oder Sozialisation) letztlich auf vor- bzw. außerwissenschaftlichen Setzungen (Prämissen), die nicht mehr stringent und rein wissenschaftlich ableitbar sind (z.B. Menschen verhalten sich rollengemäß). Auch Wissenschaftler haben spezifische biographische Erfahrungen und gesellschaftliche Interessen, die in ihre Theoriekonstruktionen (unbewusst?) eingehen. Es sind die Alltagstheorien (Ideologien, Bilder) der Forscher, die ihre Theorien und Forschungen mit-determinieren – zumindest in den Human- und Sozialwissenschaften. Von daher ist es nicht vertretbar und zu legitimieren, von einer(!) bestimmten Auffassung von Politik, Bildung, Mensch oder Gesellschaft her politische Bildung (und ihre Ziele, Inhalte, Aufgaben usw.) zu betreiben, da dann alle anderen Auffassungen (Perspektiven) gleichsam dogmatisch ausgegrenzt bzw. diskriminiert werden. Teilnehmer an Veranstaltungen der politischen Bildung haben das Recht, umfassend, d.h. alle(!) Auffassungen wissenschaftlicher und alltagstheoretischer Provenienz kennenzulernen und darüber informiert und aufgeklärt zu werden, damit diese dann auch auf Interessen und ideologische Herkunft hin hinterfragt und (gegebenenfalls) in Frage gestellt werden können.

Die Ableitung pädagogisch-politischer (normativer!) Ziele und Inhalte aus einer (!) sozialwissenschaftlichen Theorieposition, die den Anspruch hat, objektiv(!) und wert-frei (!) zu informieren, klammert immer andere (ebenso legitime?) Positionen aus und reflektiert in der Regel nicht die vor- oder außerwissenschaftlichen Prämissen (anthropologischer und/oder ideologischer Natur) des Ansatzes. Ferner liegt in der Regel ein Bruch zwischen (objektiv-neutraler) sozialwissenschaftlicher Analyse und pädagogisch-politischer Zielsetzung vor. Letzteres Dilemma kann nur überwunden werden, wenn sich die Sozialwissenschaften (wie im Falle marxistischer Versionen oder in der Kritischen Theorie) selbst als parteilich, normativ und politisch verstehen. Der erwähnte „Bruch“ ist zwar dann überwunden, aber auf Kosten von Dogmatismus, Exklusion und Nicht-Berücksichtigung anderer Prämissen. Ebenso ist dann das Recht auf umfassende und differenzierte Information und Wissensvermittlung nicht berücksichtigt. Grundlage muss auch hier der „Beutelsbacher Konsens“ sein.

Ideologien, als Gegenstand politischer Bildung, sind Alltagstheorien bzw. Deutungen und Überzeugungen, in denen Erfahrungen und Interessen bestimmter Lebenslagen (von Individuen, meist Gruppen) zum Ausdruck kommen. Wer sich ein empirisch unterlegtes Bild von diesen Ideologien (Alltagstheorien) und Deutungen (Meinungen, Auffassungen, Überzeugungen) machen kann sowie deren Entstehung, Entwicklung

und Verfestigung bei sich und anderen reflektieren (und notfalls korrigieren) kann, ist politisch gebildet.

Anleihen beim Klassiker George H. Mead

„Die Wissenssoziologie erforscht die Beziehungen zwischen Wissen, Bewusstsein bzw. den Vorstellungen von materiellen und sozialen Zusammenhängen einerseits und den sozialen Strukturen und Prozessen, in denen solches Wissen entsteht, andererseits“ (Lexikon der Soziologie). Es geht in der Wissenssoziologie demnach um die „Seinsverbundenheit des Denkens“ (wer denkt wie und warum?) und um die Bedingungen des Entstehens und der Vermittlung von Wissen, Ideologien und/ oder Weltanschauungen (z.B. Auffassungen über Phänomene der Gesellschaft wie Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Ursachen von Krieg oder Klimakatastrophe usw.) und deren Konsequenzen für das Leben und Handeln von Menschen in Gruppen, Klassen oder Organisationen, politischen Verbänden usw., die bestimmte Interessen vertreten.

Wissenssoziologie ist eng verbunden mit der „Analyse und Kritik von Ideologien“ und deren Geschichte, ist Ideologiekritik im engeren Sinn („gesellschaftliche Aufklärung gegen irrationale, bewusstseinsverhüllende Herrschaft“) oder im weiteren Sinne als „totaler Ideologieverdacht“ gegen das Denken aller Menschen (Karl Mannheim). Es gibt kein ideologiefreies Denken – theoretisch nur bei der „freischwebenden Intelligenz“ (Karl Mannheim). Wissen und Erkenntnisse, Meinungen, Interpretationen und Auffassungen sind demnach immer

relativ, d.h. abhängig und determiniert von Erfahrungen, „Interessen und gesellschaftlicher Einbettung in Gruppen oder Organisationen“. Die Wissenssoziologie basiert auf der empirischen (!) Prämisse, dass die Auffassungen, Alltagstheorien, Interpretationen usw. über die soziale Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert sind (Peter Berger/ Thomas Luckmann) und das Handeln der Menschen bestimmen. Kenntnis dieser unterschiedlichen Deutungsmuster, deren Entstehung, Weitervermittlung und ihrer ideologischen Funktion wäre Sinn und Ziel politischer Bildung.

Der Klassiker dieser wissenssoziologischen Position, die zugleich informierend wie aufklärend ist, ist George H. Mead und seine pragmatische Sozialphilosophie bzw. seine Theorie praktischer Intersubjektivität. In seinem klassischen Beitrag zur „objektiven Realität von Perspektiven“ aus dem Jahre 1927 hat Mead die wesentlichen theoretischen Grundannahmen formuliert.

Die objektive Realität von Perspektiven

Ausgehend vom Thema „Geist und Natur“ (!) entwickelt Mead die seiner Meinung nach „strategisch wichtige Position“ einer „Objektivität von Perspektiven“, mittels derer er eine „Attacke gegen den metaphysischen Dualismus von Geist und Natur“ vorträgt. Auf der Grundlage der „Philosophie der Relativität“ (Whitehead) und psychologisch-anthropologischer Erkenntnisse über die Bindung von Wahrnehmung, Denken, Bewusstsein und Kommunikation an die menschliche Natur formuliert

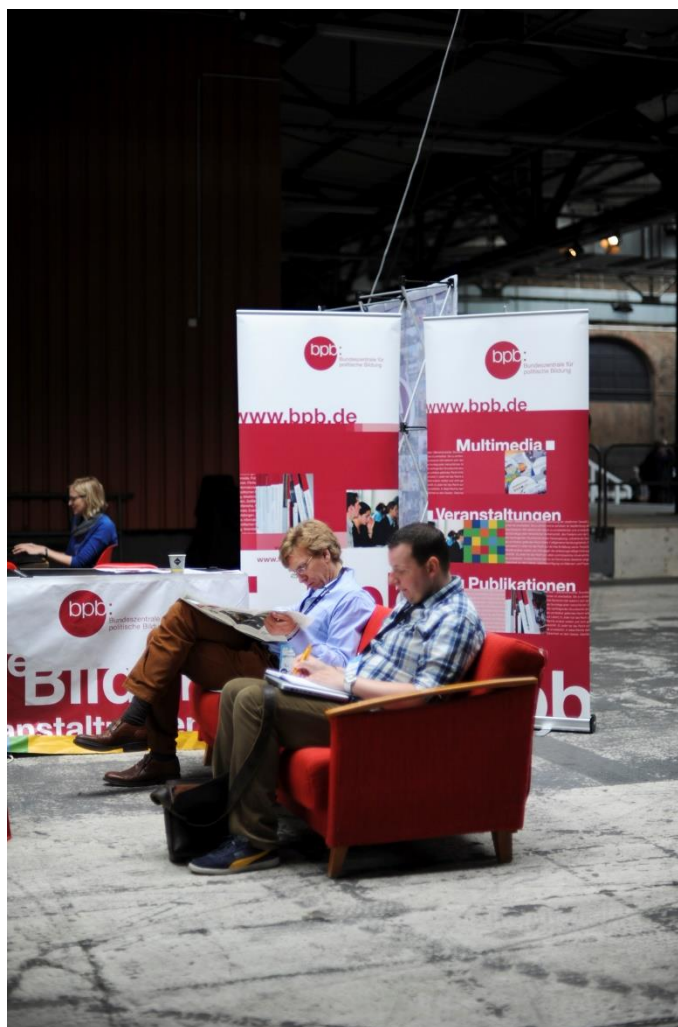


er grundlagentheoretische Aussagen zu Gegenstand und Fragestellung der Sozialwissenschaften: „Ein und dieselbe Gesamtheit der Ereignisse" kann/ muss „in unendlich viele verschiedene Perspektiven eingeordnet" gedacht werden (von jedem Phänomen gibt es unterschiedliche Sichtweisen); gesellschaftliche Phänomene sind sozialwissenschaftlich nur über die Erfahrung (Empirie) von Individuen (und deren Auffassungen davon) Gegenstand von Untersuchungen („Umweltbedingungen zum Beispiel existieren nur insoweit, als sie sich auf wirkliche Individuen auswirken, und nur wenn sie auf diese Individuen wirken"); Gesellschaft entsteht dadurch, dass Individuen auch in der „Perspektive von anderen, insbesondere in der gemeinsamen Perspektive einer Gruppe handeln"; Gegenstand der Sozialwissenschaften sind gemeinsam geteilte und dadurch verstehbare Perspektiven, Ideologien, die den Niederschlag der Erfahrungen und deren psychische Verarbeitung darstellen. Durch Perspektivenübernahme („role-taking", Empathie) ist gemeinsames Handeln möglich. Neben einer „allgemeinen Perspektive", die alle Mitglieder einer Gesellschaft gemeinsam teilen (der vielzitierte, aber eigentlich unmögliche „Grundkonsens"), existieren für jedes Thema, Phänomen oder Problem unterschiedliche, jedoch objektiv feststellbare Perspektiven (Alltagstheorien, Meinungen, Auffassungen). „Die gemeinsame Perspektive ist Verstehbarkeit (comprehensibility)". Perspektiven können entstehen, objektiv (nachvollziehbar, verstehbar) werden und wieder vergehen. Mead nennt hierfür als Beispiel das „Ptolemäische Weltbild". Es gibt Perspektiven, die von allen, von vielen, von wenigen, nur von speziellen Gruppen oder von niemandem (mehr) geteilt werden. Demokratie besteht, so Mead, darin, dass Kommunikation und Reflexion über gemeinsam geteilte Perspektiven möglich sind. Und politische Bildung ist immer ein demokratischer Prozess.

Zusammenfassung

Ich gehe von der empirischen Erkenntnis aus, dass Menschen Wirklichkeit gesellschaftlich konstruieren, d.h. auf Grund ihrer Erfahrung und Lebenslage (Biografie) Alltagstheorien bilden zur Erklärung und Interpretation wahrgenommener Phänomene. Diese Auffassungen führen zu objektiven und verstehend nachvollziehbaren Perspektiven (Sichtweisen, Deutungsmuster). Kommunikation und Kooperation als gesellschaftliche Grundprozesse sind, so Mead, an gemeinsam geteilte Perspektiven gebunden. Die herrschaftsfreie Verständigung darüber (Diskurs nach Habermas) stellt die Basis der Demokratie dar. Verständigung erreicht man nur in einem Prozess der wechselseitigen Perspektiveinnahme („taking the role of the other" nennt dies Mead). Dazu sind Kenntnisse und

Wissen über verschiedene Perspektiven notwendig. Und Verständigung, nicht Verstehen (welches mehr eindimensional und hierarchisch strukturiert ist), basiert auf Wechselseitigkeit, gegenseitigem Respekt und Anerkennung, auf Verzicht auf Macht, Herrschaft und Sanktionen und hat eine gemeinsam geteilte Perspektive zum Ziel.



Was heißt das für die politische Bildung? Bei jeder Themenstellung geht es zuerst darum, die „objektive Realität von (unterschiedlichen) Perspektiven" zu vermitteln, da die Teilnehmer*innen unterschiedliche biographische Erfahrungen gemacht haben, diese unterschiedlich verarbeitet und interpretiert haben und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen und Positionen (Ausbildung, Beruf, Familie, Vereine, Interessengruppen etc.) eingebunden sind (Lernziel Diversität und Toleranz). Ferner ist es notwendig, diese unterschiedlichen Sichtweisen (Alltagstheorien, Deutungen) kennenzulernen (Lernziel Wissen, Information, Erkenntnisse) und ihre

Entstehung und Begründung nachvollziehen zu können (Lernziel Verstehen).

Dadurch relativieren sich auch die eigenen Perspektiven/Sichtweisen der Teilnehmer. Es wird deutlich, dass Perspektiven unterschiedlicher Art ihre gesellschaftlich- biographischen Ursachen haben, dass sie prozesshaft über Erfahrungen und deren

Deutung (meist in Gruppen, vgl. „opinion leader“) entstehen und sich verfestigen oder auflösen können. In einem weiteren Schritt müsste sodann der Brückenschlag von den Alltagstheorien (Perspektiven gesellschaftlicher Gruppen) zu empirischen Fakten und darauf aufbauenden wissenschaftlichen Theorien der unterschiedlichen Schulen/ Ansätze erfolgen (Lernziel Relativierung und Selbst-Reflexion). Alltagstheorien und wissenschaftliche Theorien basieren auf Prämissen/ Setzungen (Erfahrungen, Gruppenkontext, Interessen, Ideologien), die herauszuarbeiten sind (Lernziel: Abbau von Wissenschaftsgläubigkeit und -hörigkeit).

Informationen, Wissen und (Er)Kenntnis unterschiedlicher Perspektiven, deren Entstehung und gesellschaftlich-gruppenbezogener Einbindung und Absicherung (Legitimation) führen quasi automatisch zur Frage der dahinterstehenden Interessen und ihrer ideologischen Basis. Auch hierüber liegen unterschiedliche Perspektiven (Deutungsmuster, Erklärungen) objektiv vor (Stammtischthesen, Presseerklärungen, Parteiprogramme, wissenschaftliche Publikationen). Perspektiven werden in der Regel ideologisch abgesichert, um Interessen durchzusetzen und legitimieren zu können. Ideologiekritik bedarf der Kenntnis (Information und Wissensvermittlung) aller in Frage kommenden Ideologien (alltagstheoretische Deutungen, Erklärungen), um darüber reflektieren und diese relativieren zu können. Der diesem Konzept zugrundeliegende „totale Ideologieverdacht“ (als „heuristisches Prinzip“) kann nur über Prozesse der Verständigung (der wechselseitigen Einnahme von Perspektiven) in einer alltagsfernen Situation (in Seminaren zur politischen Bildung)



relativiert werden, in der Verstehen und Verständigung, Respekt und Toleranz, Reflexivität und Freiheit vom Druck des Handelns vorliegen.

Inwieweit diese „herrschaftsfrei“ gewonnenen Einsichten (in die „objektive Realität und Berechtigung von Perspektiven“) und Reflexionen (über eigene und fremde Perspektiven und

deren ideologische Absicherung) im Schonraum von Bildungsveranstaltungen in alltägliches und/ oder politisches Handeln der Teilnehmer umgesetzt werden bzw. werden können/ sollen, ist, gemäß dieser aufklärerisch-undogmatischen Auffassung (unser Bild von politischer Bildung) einzig und allein Sache der Betroffenen - eben ihrer Erfahrungen, gesellschaftlichen Einbindung und Interessen, denn davon kann sich kein Mensch befreien. Ich gehe aber davon aus, dass relativierende und reflexive Erkenntnisse zu Veränderungen (des Verhaltens, der Perspektiven, der Persönlichkeit im Sinne von „Erwachsenensozialisation“) führen, die mehr Toleranz, Respekt vor fremden Perspektiven, Verständigung und Kommunikation/ Kooperation zur Folge haben sowie zu einem Anwachsen einer „gemeinsam geteilten Perspektive“ führen (optimistischer Aspekt).

Dieses didaktische Konzept, ich nenne es „Verständigung über Perspektiven“ habe ich in etlichen Veranstaltungen zur politischen Bildung eingesetzt. Was ist/ war nun das Besondere, das Bildende an diesen mehrtägigen Seminaren (denkbare aktuelle Themen wären z.B. Corona und die Folgen, Ukrainekrieg, Klimawandel, Künstliche Intelligenz, neue Medien, Postdemokratie, Inflation, Mietenwahn etc.)?

Die Teilnehmer*innen lernen – je nach Thema – unterschiedliche Perspektiven (Deutungen) zu ein und demselben Phänomen kennen (Wissen: Geschichte und Geschichten), erweitern und relativieren dadurch ihre eigene Perspektive (Reflexion) und verstehen andere Perspektiven besser (wachsende Toleranz gegenüber z.B. „wissenschaftlichen“, „christlichen“, politisch-ideologischen, eher „esoterischen“, anthroposoph-

ischen sowie alltagstheoretischen Sichtweise). Es wird deutlich, dass Perspektiven an Interessen und Ideologien gebunden sind. Es kann verdeutlicht werden, dass es objektiv (empirisch nachweisbar) unterschiedliche Perspektiven gibt, dass „die Wahrheit“ nicht zu finden ist, dass alle Deutungen für ihre Nutzer auch Berechtigung haben, dass aber auch alle Deutungen/ Meinungen interessen- und ideologieabhängig sind. Kurzum: Es gibt nicht die eine richtige Theorie, es gibt nicht die eine objektive Wahrheit, es gibt eine Realität, aber verschiedene Wirklichkeiten, wenn es um Phänomene des Sozialen bzw. des menschlichen Zusammenlebens, menschlicher Erfahrungen und Interpretationen in Gesellschaften geht.

Diese Konzeption einer wissenssoziologisch-ideologiekritischen Fundierung der politischen Bildung ist:



informativ, nicht selektiv (alle möglichen und denkbaren Perspektiven zum Thema stehen zur Diskussion; Kennenlernen aller Alltags- und wissenschaftlichen Theorien dazu – vgl. „Indoktrinationsverbot“ im „Beutelsbacher Konsens“);



relativierend, nicht dogmatisch (es gibt keine allgemeine, nur eine von Interessen abhängige biographisch-situative Präferenz für eine Perspektive);



aufklärend, nicht manipulierend (alle Perspektiven werden nach Interessen und Ideologien hinterfragt – „totaler Ideologieverdacht“);



reflexiv, nicht primär handlungsorientiert (Selbstreflexion und das In-Frage-Stellen eigener Perspektiven verändern und machen nicht unbedingt handlungsfähiger). Das Handeln in Alltag und Politik ist allein Sache der Teilnehmer und unterliegt deren Gewissen und Reflexionen, Erfahrungen und Interessen - jedoch: „Ist das Reich der Ideen erst revolutioniert, hält ihm die Praxis nicht mehr stand“ (Hegel);



auf Verständigung, nicht Verstehen aus (Verstehen ist Voraussetzung für Verständigung; Verständigung meint gleichgewichtiges und wechselseitiges Aus-Handeln durch die Einnahme der Perspektiven des/ der Anderen sowie deren Respektierung und Tolerierung – „taking the role of the other“, Empathie bzw. „Exzentrizität“ – vgl. Newsletter zu „Menschenbild“);



der Versuch eines **kritischen Kompromisses**, der auch zu einer Verständigung über unterschiedliche Perspektiven in der politischen Bildung (deren Prämissen, Interessen und Ideologien) führt, damit eine „gemeinsam geteilte Perspektive“, ein neuer Konsens in der politischen Bildung gefunden wird – „Politische Bildung“ wird damit selbst zum Gegenstand politischer Bildung.

Zum Vertiefen der Ausführungen empfehle ich die Klassiker:

- Peter Berger und Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt 1969
- George Herbert Mead: Die objektive Realität von Perspektiven (1927)

HANDREICHUNG: POLITISCHE BILDUNG

VON HARTMUT M. GRIESE

Politische Bildung in einer funktional ausdifferenzierten, pluralistischen, demokratischen Medien-, Konsum-, Informations-, Wissens- und Einwanderungsgesellschaft (vgl. „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“) unterliegt gewissen Problemen – Stichworte: Enger oder weiter Politikbegriff? Neue gesellschaftliche Unübersichtlichkeit; neue globale Risiken und Gefahren; postmoderne Ungewissheiten; Wirklichkeit als (medialpolitische) Konstruktion und Wahrheiten (Plural) statt Gewissheiten zu den aktuellen Problemen wie Klimawandel, Pandemiegefahr, Krieg, Wirtschaftskrise, Inflation, Armut etc., die sich im politikdidaktischen Kernproblem „Neutralität versus Normativität“ (Wissenschaft oder Politik?) niederschlagen.

Politische Bildung braucht daher allgemeine normative Grundpfeiler:

- Allgemeine (universelle) Menschenrechte;
- das Grundgesetz, unsere Verfassung
- ein humanistisch-aufgeklärtes Menschenbild

Damit sind auch die Merkmale genannt, welche die normative Neutralität außer Kraft setzen („rote Linie“ - Bsp.: Rechtsextremismus, Gewalt).

Für die Person und das Vorgehen des politischen Bildners gelten (gemäß dem „Beutelsbacher Konsens“):

- „Überrumpelungsverbot“ (eigene Meinung zurückhalten, nicht manipulieren, insbesondere bei jungen Menschen)
- „Kontroversitätsgebot“ (keine Ausklammerung von Themen, keine Tabus, alles kommt zur Sprache)
-
-

- „Selbstreflexion“ (die politische gesellschaftliche Situation sowie die eigene Position kritisch analysieren).

Politische Bildung wird dann zur „Verständigung über Perspektiven“, über unterschiedliche Meinungen und Einstellungen zu politischen Themen und Problemen, über die (Pluralität der) Wirklichkeit(-skonstruktionen) sowie der dahinter stehenden Ideologien und biographischen Interessen der Akteure und Konstrukteure – unter Beachtung der „roten Linien“.

Merke: Niemand wird mit (festen) Meinungen/ Einstellungen geboren!



AUSBLICK

Nächste Ausgabe: „Familie“

Nahezu jeder Mensch wird in eine Familie hineingeboren, und diese Familie prägt – je nach gesellschaftlicher Lage/ Milieu, historisch-gesellschaftlicher Situation und Familienform – die weitere Biografie, d.h. Bildungs-, Lebens- und Zukunftschancen.

Seine Herkunftsfamilie kann man sich nicht aussuchen, aber sie bestimmt zu großen Teilen, wie ich mich entwickle, was und wie ich lerne, welche Interessen und Hobbies, Freunde und Verwandte meine Sozialisation bestimmen.

Familie ist Schicksal, wie ein Käfig; man kann schwer ausbrechen. Sie verfolgt einen sein Leben lang. Aber sie gibt auch Geborgenheit, Sicherheit, Rückzug, Hilfe und Unterstützung in schweren Lebenslagen.

Familie ist ambivalent.

Aber es gibt nicht die Familie, nur Familien, verschiedene Familienformen.

Beiträge zum Thema sind erwünscht!

Impressum:

AFOS e.V. (Verein für Ausbildung, Fortbildung, Fortschritt und Soziales), Amtsgericht Stendal, VR46748
Klosterstraße 10-12

06268 Querfurt

Vertreten durch den Vorstand:

Prof. Dr. Hartmut M. Griese

Dr. Christina Fischer-Griese

Texte: Prof. Dr. Hartmut M. Griese

Layout: Martin Kratzing

Bilder:

- Leif Jørgensen / Election Poster in Denmark / CC-BY-4.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Election_posters_on_Fortvej.jpg) - Seite 1
- Ivan Radic / Anti-Corona-Demo/ CC-BY-2.0 (<https://flickr.com/photos/26344495@N05/50853441937>) - Seite 3
- Bernd Schwabe in Hannover / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2013_Wahl_des_Oberb%C3%BCrgermeisters_von_Hannover,_Stichwahl,_06a,_Wahlkabine_mit_Sichtschutz_f%C3%BCr_die_geheime_Wahl,_Jede_W%C3%A4hlerin_und_jeder_W%C3%A4hler_hat_eine_Stimme_\(im_Hintergrund_die_Wahlurne\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2013_Wahl_des_Oberb%C3%BCrgermeisters_von_Hannover,_Stichwahl,_06a,_Wahlkabine_mit_Sichtschutz_f%C3%BCr_die_geheime_Wahl,_Jede_W%C3%A4hlerin_und_jeder_W%C3%A4hler_hat_eine_Stimme_(im_Hintergrund_die_Wahlurne).jpg)) - Seite 6
- Stephan Röhl/ Chantal Mouffe / CC BY-SA 2.0 (<https://www.flickr.com/photos/44112235@N04/9159298666>) – Seite 11
- Walter Baxter / It's general election time again / CC BY-SA 2.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Its_general_election_time_again_\(geograph_1812204\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Its_general_election_time_again_(geograph_1812204).jpg)) – Seite 13
- re:publica from Germany ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Re_publica_2013_Tag_2_%E2%80%93_Stand_Bundeszentrale_f%C3%BCr_politische_Bildung_\(8717588252\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Re_publica_2013_Tag_2_%E2%80%93_Stand_Bundeszentrale_f%C3%BCr_politische_Bildung_(8717588252).jpg)) - Seite 16